

Niederschrift

über die 18. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 26.04.2023, 18 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Mitteilungen der Bürgermeisterin
2. Verleihung eines Heimat-Preises
Vorlage: 2772/2023
3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen
Vorlage: 2776/2023
4. Antrag der Bürgerliste: Zustellservice für Ausweisdokumente
Vorlage: 2790/2023
5. Antrag der FDP: Einrichtung eines Programms zur Förderung sogenannter „Balkon-Kraftwerke“
Vorlage: 2794/2023
6. Vorschlagsliste zur Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028
Vorlage: 2795/2023
7. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

Mitglieder

2. Marko Banzet
3. Karl-Peter Conrads
4. Markus Diederer
5. Sonja Engelmann
6. Rainer Jansen
7. Wilfried Kleinen
8. Christian Kravanja
9. Willi Münchs
10. Gero Ronneberger
11. Manfred Schumacher

12. Lars Speuser
13. Jürgen Steegers
14. Raimund Tartler
15. Harald Volles
16. Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

17. Hannelore Peter

Stellvertretendes Mitglied

18. Maja Bintakys-Heinrichs
19. Karola Brandt
20. Judith Jung-Deckers
21. Norwin Sommerfeld

von der Verwaltung

22. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
23. Joachim Grünewald
24. Christina Kamphausen
25. Christoph Nilles
26. Beigeordneter Stephan Scholz

Es fehlten:

27. Helmut Gerads
28. Michael Kappes
29. Hans-Josef Paulus
30. Ruth Thelen

Bürgermeisterin Ritzerfeld eröffnete die 18. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am 26.04.2023 um 18 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses und hieß die Stadtverordneten, den Vertreter der Presse und die anwesenden Bürgerinnen und Bürger herzlich willkommen.

Sie stellte fest, dass die Einladung vom 18.04.2023 zur Sitzung form- und fristgerecht zugestellt worden sei. Einwendungen gegen die Niederschrift der 17. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.03.2023 habe es nicht gegeben.

Sie entschuldigte an dieser Stelle Stadtverordneten Gerads, der von der Stadtverordneten Brandt vertreten wurde, Stadtverordnete Thelen, die von der Stadtverordneten Bintakys-Heinrichs vertreten wurde, Stadtverordneten Paulus, der von dem Stadtverordneten Sommerfeld vertreten wurde und Stadtverordneten Kappes, der von der Stadtverordneten Jung-Deckers vertreten wurde. Bürgermeisterin Ritzerfeld stellte die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, dass vom 05. Mai bis zum 25. Mai wieder das Stadtradeln im Kreis Heinsberg stattfindet. Auch in diesem Jahr unterstütze der gesamte Kreis Heinsberg mit allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden diese Aktion. Sie erklärte, innerhalb der 21 Tage sollen möglichst viele Wege klimafreundlich mit dem Fahrrad zurückgelegt und dabei Kilometer gesammelt werden, sei es auf Arbeitswegen oder in der Freizeit. Beim Stadtradeln gehe es um Spaß am Radfahren, aber vor allem darum, ein Zeichen für mehr Radverkehrsförderung und den Klimaschutz zu setzen. Mitmachen könne jeder, der im Kreis Heinsberg lebe, arbeite, einem Verein angehöre oder eine Schule besuche. Obwohl es einen Wettbewerbsgedanken gebe und Schulen, Vereine und Kommunen gegeneinander antreten würden, zähle man kreisweit die gesammelten Kilometer und vergleiche anschließend die Kommunen und Landkreise in Deutschland miteinander. Mit der kostenfreien Stadtradeln-App würden Teilnehmende die geradelten Strecken bequem via GPS tracken und direkt ihrem Team oder ihrer Kommune gutschreiben können. Man könne sich ab sofort im Internet unter [STADTRADELN - Geilenkirchen](#) registrieren. Im Anschluss würden die radelaktivsten Teams und die stärksten Schulen mit den meisten Kilometern ausgezeichnet werden. Bürgermeisterin Ritzerfeld erklärte, damit könne auch der Rat zeigen, wie wichtig das Thema Klimaschutz sowie eine nachhaltige Mobilität sei und der Stadt Geilenkirchen zu einer guten Platzierung verhelfen. Bürgermeisterin Ritzerfeld rief zur Teilnahme auf.

TOP 2 Verleihung eines Heimat-Preises Vorlage: 2772/2023

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Geilenkirchen verleiht ab dem Jahr 2023 einen Heimat-Preis auf der Grundlage des Heimat-Förderprogramms des Landes NRW. Die Vergabe erfolgt nach den beigefügten Richtlinien.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Förderung durch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen Vorlage: 2776/2023

Stadtverordneter Schumacher meinte, die Einkommensgrenzen für die Erhebung von Elternbeiträgen sollten kreiseinheitlich sein. Dies würde bedeuten, dass die erste Einkommensstufe mit 27.000 Euro beginne. Er beantragte die entsprechende Erweiterung des Beschlussvorschlages.

Stadtverordneter Kravanja erklärte, das Thema sei bereits ausführlich im Jugendhilfeausschuss diskutiert worden. Er wolle an der ersten Einkommensgrenze von 30.000 Euro festhalten und

nicht von der Vorberatung abweichen. Dies diene dem Schutz von Menschen mit geringem Einkommen.

Stadtverordneter Banzet sagte, er schließe sich den Argumenten von Stadtverordnetem Kravanja an. Er lehne eine Erhöhung der Beiträge in diesem Jahr grundsätzlich ab.

Stadtverordneter Jansen meinte, er finde es befremdlich, dass im Jugendhilfeausschuss, in dem auch Vertretungen der CDU seien, einstimmig für die Beitragsgrenzen ab 30.000 Euro abgestimmt worden sei und sich die CDU nun anders äußere. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle nicht von dem Beschlussvorschlag abweichen.

Bürgermeisterin Ritzerfeld teilte mit, bei der Entscheidungsfindung für den Beschlussvorschlag sei der Jugendhilfeausschuss mit seinem Fachwissen beteiligt gewesen. Dies sei richtig und zielführend, daher finde sie es schwierig in der Beratungsfolge vom Beschlussvorschlag abzuweichen. Allerdings habe die Verwaltung bereits in der Vorlage für den Jugendhilfeausschuss mitgeteilt, dass sie zur Einkommensgrenze ab 27.000 Euro zurückkehren wolle. Sie werde daher für den erweiterten Beschlussvorschlag stimmen.

Stadtverordneter Conrads informierte, den in einer Vorberatung gefassten Entscheidungen oder Beschlussvorschlägen eines Ausschusses müsse man nicht folgen. Vor fünf Monaten habe man ausführlich über den städtischen Haushalt gesprochen und festgehalten, man müsse restriktiv vorgehen, um Einsparungen zu erzielen. Hier biete sich eine Möglichkeit, die die Verwaltung wahrnehmen müsse.

Stadtverordneter Kravanja bemerkte, es sei ehrenwert den städtischen Haushalt sanieren zu wollen, jedoch solle man dies nicht auf Kosten von Personen mit ohnehin geringem Einkommen tun.

Bürgermeisterin Ritzerfeld rief zur Abstimmung über den erweiterten Beschlussvorschlag auf.

Erweiterter Beschlussvorschlag:

Die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen wird mit Wirkung ab dem 01.08.2023 mit der Maßgabe beschlossen, dass in der vorgelegten Beitragstabelle die erste Einkommensstufe auf 27.000 Euro festgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 4 Antrag der Bürgerliste: Zustellservice für Ausweisdokumente
Vorlage: 2790/2023

Stadtverordneter Kravanja erklärte, der Antrag zielte auf die Prüfung des Sachverhalts durch die Verwaltung ab. Dies habe die Verwaltung in der Beschlussvorlage getan und er folge den Ausführungen. Der Antrag sei somit erledigt.

Kenntnisnahme:

Die Verwaltung entscheidet zuständigkeitshalber im Rahmen ihrer Organisationshoheit über die Einführung eines Zustellservice für Ausweisdokumente.

TOP 5 Antrag der FDP: Einrichtung eines Programms zur Förderung sogenannter „Balkon-Kraftwerke“
Vorlage: 2794/2023

Stadtverordneter Kleinen führte aus, im Antrag gehe es um Nachhaltigkeit und Einsparmöglichkeiten, die auch Bürgern ermöglicht werden sollen. Die Lebenshaltungskosten seien bereits für viele Menschen sehr belastend. Die Installierung von Balkon-Kraftwerken sei ohne großen Aufwand möglich. Grundsätzlich könne er den Ausführungen der Verwaltung folgen. Jedoch sei er mit dem Personalansatz in der Beschlussvorlage nicht einverstanden. Mit einer Fördersumme von 10.000 Euro, einer maximalen Förderung von 20% bzw. 200 Euro, könne es maximal 50-70 zu bearbeitende Anträge geben. Die Verwaltung spreche von einer halben Stelle, die für die Bearbeitung benötigt werde. Dies seien pro Jahr ca. 780 Stunden, die die Verwaltung für 70 Anträge aufwenden wolle. Dies sei für die geringe Anzahl möglicher Anträge nicht nachvollziehbar. Er bitte daher um Zustimmung zum Antrag, da man so etwas für die Bevölkerung tun könne und die Verwaltung proaktiv im Sinne der Nachhaltigkeit handeln würde.

Bürgermeisterin Ritterfeld erklärte, man habe die Intention verstanden und die Umsetzung sei grundsätzlich wünschenswert. Allerdings versuche die Verwaltung aktuell jede neue Stelle zu vermeiden, da die Ämter voll ausgelastet seien. Mit dem Förderprogramm sei das Entwickeln von Förderrichtlinien, die Prüfung von Anträgen, das Erstellen von Formularen und vieles mehr verbunden. Das Minimum an mit dem Antrag verbundenem Arbeitsaufwand könne die Verwaltung mit dem derzeitigen Personal und unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit derzeit nicht leisten.

Beigeordneter Scholz ergänzte, man habe bisher die Stelle von Herrn Nilles, der sich vorher im Baudezernat mit den Förderungen beschäftigte, nicht nachbesetzen können. Es gebe somit eine riesige Personallücke. Die Verwaltung habe versucht diese Schwierigkeiten in der Vorlage zu erläutern.

Stadtverordneter Volles meinte, der Antrag sei durchaus sinnvoll, um Energie einzusparen. Er könne den Ausführungen der Verwaltung jedoch folgen. Die Effekte seien zu gering, um das Förderprogramm in der derzeitigen Haushaltslage aufzulegen. Es sei sinnvoller, dass die Stadt mit ggf. noch vorhandenen Mitteln eine Anlage baue, denn Balkon-Kraftwerke würden sich ohnehin nur die Besserverdienenden leisten können. Dies sei sozial nicht gerecht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Geilenkirchen legt ein Programm zur Förderung sogenannter „Balkonkraftwerke“ für Immobilien in Eigennutzung auf dem Stadtgebiet Geilenkirchen auf. Das Gesamtbudget wird auf 5.000,- / 10.000,- Euro für das Jahr 2023 festgelegt. Eine Fortführung des Förderprogramms bedarf der jährlichen Zustimmung des Rates.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt.

TOP 6 Vorschlagsliste zur Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028 Vorlage: 2795/2023

Stadtverordneter Jansen sagte, er wolle in die Vorschlagsliste aufgenommen werden. Er habe dies bisher nicht mitgeteilt, da in bisherigen Richtlinien eine Altersgrenze von 67 Jahren vorgesehen war. Diese sei nun auf 70 Jahre angehoben worden, daher wolle er weitermachen.

Stadtverordneter Schumacher beantragte, den Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Ratssitzung zurückzustellen, da es noch Nachmeldungen gebe.

Bürgermeisterin Ritzerfeld stimmte zu. Die Entscheidung werde bis zur Ratssitzung zurückgestellt.

TOP 7 Anfragen

Stadtverordneter Kleinen fragte, welche Auswirkungen die Tarifbeschlüsse auf den städtischen Haushalt haben würden.

Herr Nilles antwortete, man habe mit einer 5 %igen Steigerung der Personalkosten kalkuliert, daher sei der Haushaltsansatz einigermaßen auskömmlich. Die Kämmerei warte derzeit auf Rechenhinweise bzgl. des Festbetrages. Bei den steuerfreien Auszahlungen müsse die Stadt ebenfalls keine Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungsbeiträgen zahlen.

Stadtverordneter Kleinen meinte, die Erhöhung der Löhne und Gehälter liege über 5 %.

Bürgermeisterin Ritzerfeld antwortete, dies betreffe erst den Haushalt 2024. Jetzt darüber zu sprechen, sei reine Spekulation.

Stadtverordneter Kleinen fragte nach dem Sachstand Gelobad. Er würde viele Nachfragen wegen der Schließung erhalten.

Erster Beigeordneter Brunen antwortete, im Rahmen der Revision sei das Wasser in den Becken abgelassen worden. Dabei sei es zu Druckverschiebungen gekommen, wodurch einige Fliesen herausgebrochen seien. Die Reparatur habe bereits begonnen. Anschließend werde

Wasser eingelassen, welches dann noch aufgeheizt werden müsse. Die Arbeiten seien voraussichtlich Ende nächster Woche fertiggestellt.

Stadtverordneter Kleinen fragte, ob am 17.05. die Regebogenfahne gehisst werde.

Bürgermeisterin Ritzerfeld bestätigte dies.

Stadtverordneter Schumacher fragte, wer aktuell die Bearbeitung der Fördergelder im Baudezernat übernehme. Es sei wichtig Fördermöglichkeiten zu erkennen und diese rechtzeitig zu beantragen.

Bürgermeisterin Ritzerfeld erklärte, man arbeite derzeit eine Person ein. Um sich all das Wissen von Herrn Nilles vor seinem Weggang anzueignen, sei jedoch eine gewisse Zeit notwendig. Die Person stehe daher im regelmäßigen Austausch mit Herrn Nilles. Auch die Verwaltung wisse um die Wichtigkeit der Stelle.

Stadtverordneter Banzet sagte, es habe in Teveren ein Treffen mit dem Ortsvorsteher und Vertretern der Ortsvereine bzgl. des Feuerwehrhauses gegeben. Er fragte nach Inhalt und Ergebnis des Treffens.

Beigeordneter Scholz erklärte, man habe mit dem Ortsvorsteher und den Vereinen darüber gesprochen, ob eine Vereinsnutzung möglich sei. Für die dann notwendige Nutzungsänderung sei ein Lärmschutzgutachten notwendig. Im Kreise der Besprechungsteilnehmer habe man sich darauf verständigt, dass die Vereine die durch sie geplanten Nutzungen zusammenstellen und der Verwaltung mitteilen werden. Die Verwaltung werde anschließend die Listen zusammenführen und mit den Vereinen sprechen. Ohne Prüfung bzw. Lärmschutzgutachten sei eine Vereinsnutzung bzw. Nutzung als Bürgerhaus nicht möglich.

Stadtverordneter Banzet fragte nach dem Zeitplan.

Beigeordneter Scholz antwortete, er warte auf die Rückmeldungen der Vereine. Den zeitlichen Verlauf könne er derzeit nicht absehen. Er werde die Stadtverordneten informieren, sobald er mehr Informationen habe.

Stadtverordneter Ronneberger fragte, ob die Vereine alternativ das Gebäude des Kindergartens nutzen könnten, falls es zu einem Neubau des Kindergartens kommen sollte.

Beigeordneter Scholz antwortete, dies sei aktuell kein Thema. Man prüfe derzeit zunächst, ob eine Nutzungsänderung in Betracht komme.

Sitzung endet: 18:45 Uhr

Vorsitzende

Schriftführerin

Bürgermeisterin
Daniela Ritterfeld

Christina Kamphausen